



DEN MENSCHEN ALS GANZES SEHEN

Sozialministerin Malu Dreyer über ein Modellprojekt

Arbeit zu finden, ist für viele Menschen, trotz zahlreicher freier Stellen und guter Auftragslage in den Unternehmen, nicht selbstverständlich. Oft sind der fehlende Berufsabschluss oder eine bereits länger andauernde Arbeitslosigkeit Hürden auf dem Weg in eine neue Beschäftigung. Wenn dann noch gesundheitliche Beeinträchtigungen, Schulden oder fehlende Betreuungsmöglichkeiten für die Kinder hinzukommen, scheint es den Betroffenen aussichtslos, eine Anstellung zu finden. Ursächlich für den Misserfolg sind nicht allein Defizite im Bereich von Fach-, Selbst- und sozialer Kompetenz, sondern auch gesundheitliche und soziale Probleme sowie ein regional unterschiedlich ausgeprägtes Angebot insbesondere an Einfacharbeitsplätzen.

Für diese Langzeitarbeitslosen brauchen wir im Rahmen langfristig angelegter individueller Integrationsstrategien ein breites Angebot an Qualifizierungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Unabhängige Untersuchungen belegen, dass mit einer intensiven, beschäftigungsorientierten und ganzheitlichen Betreuung auch Arbeitslose in problematischen Lebenslagen wirkungsvoll unterstützt werden können. Dabei zeigt sich bei verschiedenen Modellprojekten und Gesprächen mit Praktikern, dass wir keine grundsätzlich anderen Wege gehen müssen als bisher. Die Projekte und Maßnahmen waren jedoch nicht immer auf die einzelnen Problemlagen der Betroffenen zugeschnitten, hatten nicht immer einen ganzheitlichen Ansatz oder waren zu kurzfristig angelegt.

Bei Langzeitbeziehern ist es wichtig, den gesamten Menschen mit seinem Umfeld in die Lösung einzubeziehen. Nur dann kann ein nachhaltiger Erfolg erreicht werden. Die

fehlende berufliche Qualifikation ist nicht alleiniger Ansatzpunkt.

Anhand eines Modellprojektes möchte ich vorstellen, wie ich mir eine langfristige Betreuung in diesem ganzheitlichen Sinne wünsche: In einem von meinem Hause geförderten Projekt mit dem Jobcenter Bitburg-Prüm und dem Träger „Alibi“ werden solche integrativen Ansätze umgesetzt und auf ihre Praxistauglichkeit hin überprüft. Ziel des Projektes ist es, die Lebenssituationen der Teilnehmenden zu stabilisieren und ihr Selbstwertgefühl dauerhaft zu stärken. So werden die Voraussetzungen für eine nachhaltige Arbeitsmarktintegration geschaffen. Zu den Fortschritten zählt auch, wenn es gelingt, in ein Praktikum oder Ehrenamt zu vermitteln.

Der Betreuer stellt zunächst nicht den Fokus auf die Stellenrecherche, sondern betrachtet den Menschen ganzheitlich. Dabei werden die vorhandenen oder noch zu fördernden Fähigkeiten der Teilnehmenden ermittelt und in beruflicher Hinsicht

genutzt. Ebenso werden Hilfestellungen in vielen Lebenssituationen wie Schuldenregulierung, Behördengänge oder rechtliche Unterstützung gegeben. Auch bei erfolgreicher Arbeitsvermittlung eines Teilnehmers endet die Betreuung nicht, um bei eventuellen Startschwierigkeiten unterstützend zur Seite stehen zu können. Auf diese Weise wird die Nachhaltigkeit der Hilfestellung durch weiterhin intensiven Kontakt zu den Teilnehmern sichergestellt.

Bei diesem Projekt wird deutlich, wie verfestigt die Lebenssituation vieler Langzeitbezieher ist. Viele Teilnehmer haben sich mit ihrer Situation arrangiert. Veränderungen erscheinen ihnen aus ihrer subjektiven Sicht nicht möglich. An dieser Stelle ist es wichtig, die Betroffenen langsam und konsequent zu persönlichen Veränderungen hinzuführen und sie auf positive Entwicklungen aufmerksam zu machen. Mut vermitteln und das Selbstwertgefühl steigern sind hier die Schlagworte. Obwohl das Projekt erst seit wenigen Monaten

läuft, zeichnen sich bereits erste Erfolge ab. Dies verdeutlicht, dass das Konzept der ganzheitlichen Herangehensweise Früchte trägt.

Ähnliche Ergebnisse brachte der von meiner Fachabteilung durchgeführte Workshop mit Praktikern aus den Jobcentern. Diese haben dargestellt, dass für eine erfolgreiche Arbeit gut qualifizierte Betreuer in den Jobcentern die Grundvoraussetzung sind. Wichtig für den Erfolg des Projektes ist außerdem, dass sich zwischen dem Betreuer und dem Langzeitarbeitslosen ein Vertrauensverhältnis entwickelt. Dazu gehört auch die bereits im Modellprojekt umgesetzte unbedingte Freiwilligkeit. Menschen bauen nur dann ein Vertrauensverhältnis zueinander auf, wenn sie offen und ohne Zwang miteinander umgehen können.

Damit solch eine Beziehung entstehen kann, bedarf es Zeit und auch einer Erhöhung der Kontaktdichte, wie es bei der Bundesagentur heißt. Dies bedeutet konkret eine Intensivbetreuung des Personenkreises durch den Fallmanager. Kann das Jobcenter dies nicht leisten, muss es durch einen Träger sichergestellt werden. Elementare Grundlage ist die freiwillige Teilnahme. Nur so ist gewährleistet, dass der Betroffene motiviert ist und bereit für Veränderung. Die Arbeitsweise des Trägers ist bei diesem Projekt geprägt durch Hausbesuche und intensiven Einzelkontakt. Das jeweilige soziale Umfeld wird einbezogen.

➤ Redaktionell gekürzte Fassung des Vortrags der rheinland-pfälzischen Sozialministerin Malu Dreyer auf dem vom Diakonischen Werk Pfalz und der Evangelischen Akademie der Pfalz veranstalteten Aktionstag Langzeitarbeitslosigkeit am 20. April 2012 in Pirmasens.

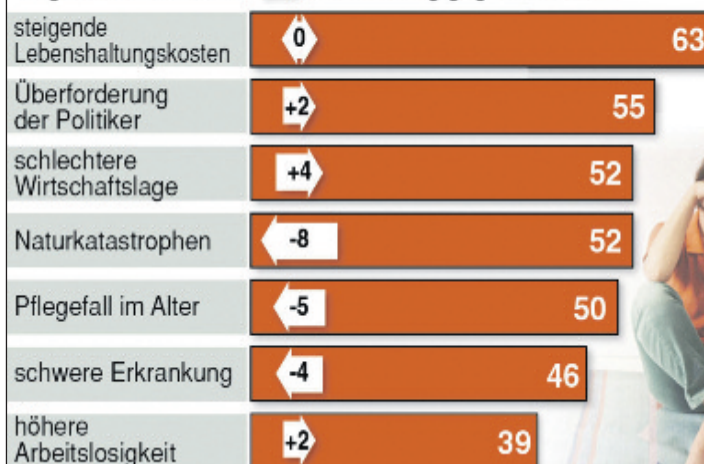
IN DIESER AUSGABE:

Aktionstag Langzeitarbeitslosigkeit in Pirmasens

Kirchliche Kommunikation in der Mediengesellschaft

Die Ängste der Deutschen 2012

Angaben in Prozent ◀ Veränderung gegenüber 2011



EDITORIAL

Jahrelang haben wir die Verschuldung öffentlicher Haushalte als Selbstverständlichkeit betrachtet. Seit der Bankenkrise 2007 wird immer klarer: Es gibt hier ein Problem. Auch im prosperierenden Deutschland. Die privaten Vermögen wachsen. Die Staatsverschuldung steigt. Das Gemeinwesen wird verpfändet an privat. Kein Wunder, dass die Gläubiger immer stärkeren Einfluss gewinnen. Über Zinsentwicklung und Kapitalmärkte beeinflussen die Banken politische Entscheidungen. Insbesondere auf kommunaler Ebene – das wurde auf unserer Novembertagung „Kirche findet Stadt“ deutlich – werden die politischen Handlungsspielräume immer geringer.

Wie können unter diesen Umständen Lebensqualität und Sozialversorgung vor Ort sichergestellt werden? Klar stellt sich die Frage nach der Effizienz öffentlicher Dienstleistungen. Eine Kultur der Wohltätigkeit und des Ehrenamts kann vieles kompensieren, was sonst der Staat leisten müsste. Familien, Nachbarschaften, Kirchengemeinden und Vereine bieten attraktive und menschnahe Möglichkeiten, das Miteinander vor Ort human zu gestalten. Aber auch hier müssen Konzepte entwickelt und die Rahmenbedingungen gemeinsam geschaffen werden: Gemeinwesenorientierte Sozialstrukturen, Quartiersmanagement und intelligente Kommunalplanung gibt es nicht umsonst.

Es ist ein deutlicher Trend, dass die Öffentlichkeit auf Steuergeschenke inzwischen sehr differenziert reagiert. Langsam beginnt sich so etwas wie ein neues Steuerethos



Akademiedirektor Christoph Picker.

abzuzeichnen. Viele merken: Wir können weder permanent auf Pump leben noch auf die politische Gestaltung des öffentlichen Raumes verzichten. Deshalb müssen Bürgerinnen und Bürger bei entsprechender Leistungsfähigkeit auch Steuerbürger sein. Jesus hat sich zur Steuerfrage ganz pointiert geäußert. Mit Blick auf das der Münze eingeprägte Herrscherbild meinte er: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist, und Gott, was Gottes ist.“ Mitunter fallen Steuerzahlen und Gottesdienst auch in eins. In der Akademie diskutieren wir, was im Blick auf Wirtschaftlichkeit und die Entwicklung der Sozialsysteme vernünftig und ethisch verantwortbar ist. In dieser Ausgabe der „Protex“ dokumentieren wir einige dieser Debatten.

Ihr Akademiedirektor

Christoph Picker

HAUSMITTEILUNG

Studienleiter Jan Hendrik Quandt wurde mit einer wirtschaftsethischen Arbeit (siehe rechts) zum Dr. phil. promoviert: an der soziologischen Fakultät der Universität Bielefeld – immerhin Wirkungsstätte Niklas Luhmanns. Sein Doktorvater Thomas Beschorner ist Direktor des Instituts für Wirtschaftsethik der Universität Sankt Gallen. Der „ironische Luhmannianer“ Quandt baut in der Akademie für Jugendliche und junge Erwachsene den Themenbereich „Wirtschaft“ auf. In Sachen Wirtschaftsethik hat Quandt dem berühmten Systemtheoretiker Entscheidendes voraus: Luhmann entwickelte den Reflex, beim Thema Wirtschaftsethik „in seiner Tasche nach dem Autoschlüssel zu suchen“. Quandt hingegen bemüht sich um eine reflektierte Verbindung ökonomischer Kompetenz und ethischer Urteilskraft.

IMPRESSUM

Herausgeber: Evangelische Akademie der Pfalz, Luitpoldstr. 10, 76829 Landau, Tel.: 0 63 41 / 9 68 90-30, Fax: 0 63 41 / 9 68 90-33, e-mail: info@eapfalz.de, Direktor: Dr. Christoph Picker
Redaktion: Dr. Christoph Picker und Dr. Martin Schuck
Verlag: Verlagshaus Speyer GmbH, Beethovenstr. 4, 67346 Speyer, Tel.: 0 62 32/2 49 26, Fax: 0 62 32/13 23-44
 Zuschriften an den Verlag, Redaktion Protex.

WIRTSCHAFT UND ETHIK

Können Unternehmen gesellschaftlich verantwortungsvoll wirtschaften oder ist ihr Bemühen um Corporate Social Responsibility reines Marketing und greenwashing? Wie kann in einer globalisierten Welt mit überforderten Nationalstaaten nachhaltiges Wirtschaften sichergestellt werden? Mit diesen Fragen befasst sich Studienleiter Jan Hendrik Quandt in seiner in Kürze im Metropolis-Verlag erscheinenden Dissertation.

Die Frage nach der gesellschaftlichen Unternehmensverantwortung, im Englischen Corporate Social Responsibility (CSR) genannt, erfährt zunehmende gesellschaftliche und wissenschaftliche Beachtung. Dabei gestaltet sich die Diskussion inhaltlich sehr heterogen: Einerseits besteht die klassische liberal-ökonomische Idee fort, wonach CSR als Kostenfaktor betrachtet wird, der entweder schlichtweg den Organisationszielen zuwiderläuft oder sich zumindest langfristig für die einzelne Organisation nachprüfbar auszahlen muss. Andererseits betonen eher normative wirtschaftsethische Ansätze die Verantwortung der Unternehmen gegenüber der Gesellschaft.

Nicht zu vergessen ist die sehr einflussreiche öffentliche Betrachtungsweise, wonach CSR reine Rhetorik und Grünfärberei sei. Demgegenüber stehen neuere sozialwissenschaftliche und interdisziplinäre Ansätze, welche sich nicht an den skizzierten Extrempositionen abarbeiten, sondern eine gesellschaftliche Einbettung des Wirtschaftssystems konstatieren. Damit verschiebt sich der Fokus von normativen Forderungen hin zu einer soziologischen Analyse der Wirtschaft. Unternehmen können also demzufolge nicht länger als isolierte Spieler betrachtet werden, die unbeeirrbar einem rein finanziellen Kosten-Nutzen-Kalkül folgen, sie müssen vielmehr als gesellschaftlich eingebundene Teile eines Funktionssystems betrachtet werden.

Ausgehend von letzterer These der gesellschaftlichen Einbettung von Wirtschaftsunternehmen stellt sich die Frage nach der Regulation von CSR, also der Sicherstellung, dass es sich dabei eben nicht um reine Rhetorik handelt.

Dafür ist jedoch zunächst eine Definition des Begriffes Corporate Social Responsibility an sich notwendig. Diese fällt überraschend schwer, da es sich hier nicht um eine geschützte Kategorie handelt und es keinen paradigmatischen Aufsatz gibt, welcher allgemein akzeptiert wäre. Ebenso stellt sich die Frage nach dem Verhältnis von Ethik und Wirtschaft. Ausgangspunkt ist der philosophische Ethikbegriff, welcher die Grundlage bietet für weitere Arbeiten zum problematischen Verhält-

nis von soziologischer Systemtheorie und Ethik. Prägend sind hier die Arbeiten von Niklas Luhmann und Josef Wieland, die in der Arbeit diskutiert und in einem alternativen Vorschlag wieder aufgegriffen werden, der über bestehende Orthodoxien hinausgeht.

Auf dieser Grundlage wird dann der Frage nachgegangen, wie eine sinnvolle und vor dem Hintergrund einer globalisierten Welt gangbare Regulation des Wirtschaftssystems in Bezug auf CSR aussehen könnte. Auch hier liegt wieder die

Annahme zugrunde, dass Unternehmen in einen gesellschaftlichen Kontext eingebettet sind ebenso wie die Beobachtung einer zunehmenden Entgrenzung der einzelnen gesellschaftlichen Funktionssysteme hin zu globalen Zusammenhängen. Diese systemtheoretische Gesellschaftsanalyse bildet den nächsten Schritt und das Fundament für alle regulatorischen Überlegungen.

Die Regulation von Wirtschaft wird aus einer soziologisch-rechtstheoretischen Perspektive betrachtet. Inhaltlich wird ein Spannungsfeld behandelt, welches die aktuelle beobachtbare publizistische wie auch politische Neigung zurück zu nationalstaatlicher Regulation von Wirtschaft einerseits, als auch den Trend der vergangenen Jahre zu einer Deregulierung vor dem Hintergrund einer zunehmenden Globalisierung andererseits umfasst. Die Dissertation orientiert sich dabei an bereits bestehenden Möglichkeiten der Regulation in Bezug auf CSR. Dabei ist zu unterscheiden zwischen nationalstaatlichem Recht, transnationalen, völkerrechtsbasierten Rechtsregimen und rein privaten Rechtsregimen. Insbesondere für die im Fokus der Arbeit stehenden privaten Rechtsregime stellt sich die Frage nach der Legitimität dieser Regulationsart. Hier hilft die Illustration der theoretischen Diskussion durch zahlreiche in einer anschließenden Praxisstudie vorgestellte Beispiele für die globale Regulation von CSR.

Am Ende stellt sich die leitende Frage der Arbeit noch einmal, wie eine effektive und nachhaltige Unternehmensregulation in Bezug auf CSR aussehen kann. Die Antwort gibt die Dissertation: in der Form neuer, globaler Rechtsformen.

Unternehmen müssen als Teile eines gesellschaftlichen Funktionssystems betrachtet werden.

Auch unabhängig von der Erwerbsarbeit kommt es darauf an, die Führung eines Lebens in Würde zu ermöglichen. Chancen für einen gesicherten Lebensunterhalt, für soziale Kontakte und für persönliche Entfaltung gehören dazu. Jeder Mensch hat das Recht auf ein menschenwürdiges Leben und auf Existenzsicherung. Deswegen brauchen wir Programme für zusätzliche außerbetriebliche Ausbildung für junge Menschen, die es im betrieblichen Rahmen nicht schaffen. Auch Langzeitarbeitslose mit schlechten Vermittlungsaussichten brauchen Perspektiven.

Von den rund drei Millionen Arbeitslosen befinden sich nur etwa 30 Prozent im Bezug des Arbeitslosengeldes I, während 70 Prozent in Hartz IV festsitzen. Fast 800 000 davon sind Langzeitarbeitslose. Während beim Arbeitslosengeld I eine rege Vermittlungstätigkeit vorhanden ist und die Bundesregierung nicht müde wird, ihre arbeitsmarktpolitischen Erfolge zu feiern, bewegt sich bei Hartz IV so gut wie nichts. Darüber können auch die bereits zur Genüge entlarvten statistischen Tricks der Regierung nicht hinwegtäuschen.

Alle arbeitsmarktpolitischen Akteure wissen, dass wir in Hartz IV mindestens 400 000 erwerbsfähige Personen haben, die auf dem ersten Arbeitsmarkt kaum noch zu vermitteln sind. Es geht um Menschen, die vielfach mit pädagogischer und sozialarbeiterischer Hilfe wieder an die Anforderungen eines Arbeitsalltages herangeführt werden müssen. Viele sind gesundheitlich so beeinträchtigt, dass sie nicht mehr als drei Stunden am Tag arbeiten können, und diese drei Stunden nicht einmal immer am Stück. Wohin sollen wir diese Menschen auf einem Arbeitsmarkt, der nach hoch qualifizierten Fachkräften schreit, vermitteln? Wenn die Betriebe sagen würden: „Ja, wir helfen diesen Menschen“, wäre uns nichts lieber als das. Aber die Realität sieht ganz anders aus. Und wo der sogenannte erste Arbeitsmarkt nicht in der Lage ist, das Problem zu lösen, ist es eine Frage sozialstaatlicher Verantwortung, eine Frage der Menschenwürde, öffentlich geförderte Beschäftigung für diese Arbeitslosen vorzuhalten.

Dazu bedarf es flexibler arbeitsmarktpolitischer Instrumente, die zuverlässig finanziert werden müssen und nicht ständig zur Verfügungsmasse kurzfristiger fiskalischer Kalküle werden dürfen. Die sozialen Integrationsleistungen, die Beschäftigungsträger erbringen, müssen anerkannt und gefördert werden. Die aktuelle arbeitsmarktpolitische Instru-



Demonstration in Essen: Forderung nach einer anderen Wirtschafts- und Sozialpolitik.

(Foto: epd)

SOLIDARITÄT HAT IHREN PREIS

Gerechte Teilhabe im Kontext von Langzeitarbeitslosigkeit

Wolfgang Gern, der Vorsitzende des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, forderte beim „Aktionstag Langzeitarbeitslosigkeit“ in Pirmasens einen Ausbau der öffentlich geförderten Beschäftigung, um Menschen, die keine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben, ein Leben in Würde zu ermöglichen. Ebenso müsse die außerbetriebliche Ausbildung für junge Menschen gefördert werden. Die „Protexe“ dokumentieren Ausschnitte aus seinem Vortrag.

Wir müssen in Kirche und Diakonie anwaltschaftlich unsere Stimme erheben.

mentenreform ist eine Katastrophe für die betroffenen Menschen und führt zu einem flächendeckenden Zusammenbruch der sozialen Arbeit in diesem Bereich. Dahinter steht der politische Ansatz, dass man nur in diejenigen Menschen investieren möchte, bei denen es sich ökonomisch „lohnt“. Dagegen müssen wir in Kirche und Diakonie anwaltschaftlich unsere Stimme erheben. Mit der Instrumentenreform wird die Perspektivlosigkeit der Langzeitarbeitslosen weiter verfestigt. Alle Rhetorik von Effizienz und besserer Vermittlung kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Bundesregierung mit ihren derzeitigen Maßnahmen den schleichenden Tod der Hilfen für Langzeitarbeitslose besiegelt.

Daher unsere bleibende Forderung: Die öffentlich geförderte Beschäftigung muss ausgebaut werden, und zwar in existenzsichernden und möglichst in sozialversicherungspflichtiger Form sowie basierend auf Anreizen, Wertschätzung und individueller Förderung. Statt der überflüssigen Einführung neuer Modelle sollten besser die vorhandenen qualitativ ergänzt und ausgebaut werden. Dieser Ausbau sollte es ermöglichen, für langzeitarbeitslose Menschen, für die keine Jobs auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt vorhanden

sind, finanziell auskömmliche, tariflich entlohnte, sinnstiftende und dauerhaft öffentlich geförderte Arbeitsplätze einzurichten. Die Diakonie schlägt zur Finanzierung öffentlich geförderter Beschäftigung den Passiv-Aktiv-Transfer vor. Sein Grundgedanke liegt darin, soziale Transferleistungen in solche der Arbeitsförderung umzuwidmen.

Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren eine Reihe von familienpolitischen Regelungen getroffen, von denen vor allem Familien mit kleineren Kindern profitiert haben. Durch diese grundsätzlich begrüßenswerten Schwerpunktsetzungen ist jedoch der förderliche Blick auf die Lebensphase Jugend ins Hintertreffen geraten. Jugendliche haben in Deutschland ungleiche Chancen. Einer größer werdenden Gruppe von jungen Menschen gelingt es nicht, die ihnen zur Verfügung stehenden Chancen so zu nutzen, dass sie zu eigenverantwortlichen, gemeinschaftsfähigen und solidarischen Mitmenschen werden. Sie durchbrechen die prekären Lebenslagen, in die sie oft genug hineingeboren wurden, nicht aus eigener Kraft und sind gefährdet, dauerhaft abhängig von sozialen Transferleistungen zu bleiben.

Die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss ist in Deutschland unverändert hoch. Die Vermittlung in die duale Ausbildung gestaltet sich schwierig; die direkte Einmündung in Beschäftigung nach einer Ausbildung ist rückläufig. Davon sind Ju-

gendliche mit Migrationshintergrund besonders betroffen. Da viele junge Menschen von Arbeitslosigkeit betroffen sind, sind die Instrumente der beruflichen Integrationsförderung konsequenter als bisher für eine Qualifizierung der jugendlichen Leistungsempfänger zu nutzen.

In unmittelbarer Verknüpfung steht dazu die Forderung nach der Straffung und Neuordnung des Übergangs von der Schule ins Arbeitsleben. Nicht Sondermaßnahmen und unübersichtliche Einzelprogramme mit je eigenen Forderungs-, Förderungs- und Finanzierungslogiken sind erforderlich, sondern ein stringentes Regelsystem, das einerseits klare Wege vorzeichnet, andererseits aber auch individuelle Umwege erlaubt und Länder, Kommunen, Schulbehörden sowie die Wirtschaft in die Verantwortung einbezieht.

Für unter 25-jährige junge Menschen mit besonderem Förderbedarf ist der Erhalt der außerbetrieblichen Ausbildung unverzichtbar. Dies zeigt auch die hohe Zahl der Ausbildungsabbrüche. Berufsvorbereitung und Ausbildung müssen eine konstante Förderung erhalten; für die Jugendwerkstätten, Lernbetriebe und Produktionsschulen ist eine verlässliche Kernfinanzierung unverzichtbar.

Was uns etwas wert ist, darf auch seinen Preis haben. Wir halten uns an die Grundsätze des Sozialrechts: „Wer weniger im Leben hat, muss viel an Recht und Zuwendung erfahren“ (Helmut Simon).

Wie kommt es, dass die ablehnende Haltung gegenüber dem Christentum und den Kirchen bei Meinungsmachern zurückgegangen ist und die Kirchen sogar als wichtige zivilgesellschaftliche Kraft gesehen werden? Eine Erklärung ergibt sich aus der Sicht der von der Studie befragten Journalisten, dass „die Kirchen Orientierung geben, indem sie helfen, die eigene religiös-kulturelle Identität zu stärken“.

Beruhigen diese Äußerungen diejenigen, die in den Kirchen Verantwortung für die Medienarbeit tragen? Oder müssen wir uns auf die nächste Kampagne deutscher Leitmedien vorbereiten, die zum Beispiel „Kirche und Geld“ zu ihrem Lieblingsthema erkoren haben? Und was nutzt uns das Lob führender Journalisten, wenn Berichterstatter für Lokalredaktionen nicht einmal katholische und evangelische Kirche unterscheiden können?

Kirchliche Medienarbeit kann sich jedoch nicht nur nach öffentlicher und veröffentlichter Meinung richten. Sie hat einen Auftrag, der weiter reicht. Er reicht zurück in die Anfänge der „Menschenfischer“ und ihren Netzen rund um den See Genezareth, und er reicht nach vorne in die Netzgemeinden weltweit. Der Auftrag reicht horizontal nach oben ins Jenseits der endlichen Erfahrungswelt, und vertikal nach unten in die Welt, wie wir sie erleben und gestalten.

Kirche braucht Öffentlichkeit, weil unser Glaube von Anfang an öffentlich ist. Wir machen Gott, den Schöpfer, Vollender und Erlöser der Welt publik. Mit unserem Reden und durch unser Handeln, in den Gottesdiensten und in der Diakonie. Wir verkündigen die gute Nachricht. Nachrichten leben davon, dass sie weitergegeben werden in unterschiedlicher Gestalt und mit vielfältigen Mitteln. Die Reformatoren haben das schon gewusst und setzten das modernste Medium ein, das ihnen zur Verfügung stand, den Buchdruck. In Form von Flugblättern und Flugschriften machten sie das Evangelium publik. Sie benutzten die Sprache, die die Menschen verstanden.

Knapp 400 Jahre später bestand die erste Rundfunksendung aus dem Lied „Oh, heilige Nacht“ und dem Bibelvers „Ehre sei Gott in der Höhe und Frieden auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen“. Warum sollten wir weitere 100 Jahre später auf die Medien Radio, Fernsehen, Internet sowie die Kommu-

nikationsmöglichkeiten e-mail, SMS, Blogs und Twitter verzichten?

Technik allein reicht jedoch nicht aus. Wir brauchen Menschen, die bezeugen und überzeugen, die immer wieder neu vom Glauben reden; in unserer Zeit und in unserer Sprache. Wir können dabei zurückgreifen auf die Glaubenserfahrungen der Menschen, die uns in der Bibel überliefert sind; und auf die Erfahrungen all derer, die in deren Nachfolge standen und stehen.

Philipp Melancthon, der große Lehrer der Reformation, hat vom Predigen als „publice docere“, also als einem öffentlichen Kundtun und Lehren gesprochen, das die Gewissen der Einzelnen trösten, schärfen und orientieren soll. Umso mehr sind wir heute dazu verpflichtet, da andere mit ihren Welt- und Menschenbildern in die Öffentlichkeit drängen. Auftrag und Aufgabe kirchlicher Medienarbeit ist es, in der Vielfalt der Stimmen die eigene protestantische Stimme zu erheben, profilieren und professionell. Von diesem Auftrag und dieser Aufgabe her haben wir vier große Handlungsfelder zu bearbeiten.

Wir müssen die vielfältigen Kommunikationstechniken, vom persönlichen Gespräch über Zeitschriften bis zu Internet und sozialen Netzwerken für die innerkirchliche Information nutzen. Darüber hinaus haben wir christliche Inhalte und Positionen in die mediale Öffentlichkeit zu transportieren, um so die ganze Gesellschaft zu erreichen. Zum Dritten sehen wir es als unseren Auftrag an, die Medien und die damit verbundenen Technologien kritisch und konstruktiv zu begleiten. Daraus ergibt sich schließlich

viertens unsere Aufgabe, im Bereich der Medienbildung dafür Sorge zu tragen, dass neben technischen Fähigkeiten und Fertigkeiten auch die Kompetenzen der Informationsbeschaffung, der Einordnung und der Urteilsurteilung vermittelt werden. Als Kirche bewegen wir uns mit unserer Medienarbeit zwischen Mandat und Markt, zwischen christlichem Auftrag und säkularen Angeboten. Was das konkret für die Evangelische Kirche der Pfalz bedeutet, wie sie sich zwischen Mandat und Markt bewegt, soll beispielhaft dargestellt werden.

Zum Wesen der Kirche gehören Kommunikation und Öffentlichkeit. Die sich wandelnde Medien- und Informationsgesellschaft verpflichtet die Kirche, die ihr anvertraute gute Nachricht als eine öffentliche, an die ganze

Stück Brot, dann ging er sofort hinaus Nacht.

Das neue Gebot

³¹Nachdem Judas sie verlassen hatte, sagte er:

»Jetzt wird die Herrlichkeit des Menschensohns* sichtbar und durch ihn Gottes eigene Herrlichkeit. ³²Wenn aber der Menschensohn die Herrlichkeit Gottes sichtbar gemacht hat, dann wird Gott ihm dafür auch seine eigene Herrlichkeit schenken. Und das wird bald geschehen. ³³Ich bin nicht mehr lange bei euch, meine Kinder; dann werdet ihr mich suchen. Aber ich sage euch dasselbe, was ich schon den anderen gesagt habe: Wohin ich gehe, dorthin könnt ihr nicht kommen.

³⁴Ich gebe euch jetzt ein neues Gebot, das Gebot der Liebe. Ihr sollt einander genauso lieben, wie ich euch geliebt habe. ³⁵Wenn ihr einander liebt, werden alle erkennen, daß ihr meine Jünger seid.«

Jesus und Petrus

(Mt 26,31-35; Mk 14,27-31; Lk 22,31-34)

Auch die biblische Botschaft ist Thema in den neuen Medien: Die „Twitter-Bibel“ beim Evangelischen Kirchentag 2009 in Bremen.

(Foto: epd)

DIE GUTE NACHRICHT UND DIE VIELEN MELDUNGEN

Wolfgang Schumacher über kirchliche Kommunikation in der Mediengesellschaft

Führende deutsche Journalisten halten Ideologiekritik am Christentum und den Kirchen laut einer Studie des Exzellenzclusters „Religion und Politik“ der Universität Münster mehrheitlich für überholt. „Die meisten Meinungsmacher sehen eine kulturelle Renaissance der christlichen Religion“, heißt es in der Untersuchung. Die befragten Chefredakteure und Kommentatoren betrachten das Christentum als legitime Kraft zur Sicherung der öffentlichen

Gesellschaft gerichtete Botschaft zu verkünden. Insofern entspricht die Medienarbeit dem Kernauftrag der Kirche. Die landeskirchliche Medienarbeit zielt darauf ab, die Kirche kommunikationsfähiger zu machen und das Vertrauen in die Kirche zu stärken. Die gezielte Gestaltung der Kommunikation der Kirche nach außen wie nach innen erweist sich als umso notwendiger, je differenzierter sich die Welt der Medien und der sozialen Kommunikation darstellt und je mehr Institutionen, Gruppen, Unternehmen und Initiativen sich um öffentliche Aufmerksamkeit bemühen.

Für den Arbeitsbereich Pressearbeit gilt: Zielgruppen der Kommunikation

sind die Multiplikatoren, insbesondere die Journalisten. Sie werden zeitnah mit Fakten und Hintergrundinformationen ausgestattet, sodass sie korrekt über das kirchliche Geschehen berichten können. In den Redaktionen gibt es nur wenige Fachjournalisten, die über ein detailliertes Wissen zu Kirche und Theologie verfügen. Deshalb muss die Pressestelle Informationen in Form von Meldungen, Dokumentationen und Bildern sowie in Pressekonferenzen und Hintergrundgesprächen vermitteln.

Der Bereich Öffentlichkeitsarbeit gliedert sich in eine interne und eine externe Kommunikation. Die externe geschieht in Form von Darstellungen

Moral und der gesellschaftlichen Integration. Außerdem nehmen sie eine beträchtliche Zunahme der öffentlichen Sichtbarkeit von Religion wahr. Das, so die Autoren der Studie, war vor etwas mehr als einem Jahrzehnt noch anders. Damals sahen Journalisten und Intellektuelle im Christentum einen „Hemmschuh der Moderne“ oder einfach einen „Aberglauben“. Die Kirchen wurden als gesellschaftliche Randerscheinung betrachtet.

über die Kirche, ihre Einrichtungen und das Leben in den Gemeinden, zum Beispiel Informationen zur Kirchensteuer, Kircheneintritt und so weiter oder durch Öffentlichkeitsinitiativen. Ziel dieser Arbeit ist es, die Botschaft, das Angebot und die Bedeutung der Kirche für die Menschen herauszustellen, ihr öffentliches Image zu verbessern, ihre Akzeptanz zu erhöhen.

Die interne Kommunikation wendet sich an haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und informiert diese über landeskirchliche und gemeindeübergreifende Themen. Zu ihren Instrumenten zählen Mitarbeitermedien und das Intranet, die persön-

liche Kommunikation im Arbeitskreis der Öffentlichkeitsarbeiter oder das Fortbildungsangebot für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bereich der gemeindlichen Öffentlichkeitsarbeit.

Im Bereich Internet werden alle Menschen angesprochen, von Distanzierten bis Engverbundenen, und die christliche Botschaft sowie Informationen über Kirche auf dem Wege moderner Technologie verbreitet. Mit der Adresse www.evkirchepfalz.de sind sowohl die öffentlichen Inhalte der Landeskirche als auch die Seiten des Intranets erreichbar; www.evkirchepfalz.de versteht sich als Portal zu den verschiedenen Arbeitsbereichen.

Mit der öffentlichen Verkündigung der christlichen Botschaft im Rundfunk und Fernsehen kommt die Kirche ihrem ureigensten Auftrag nach. In Deutschland ist diese Rundfunkverkündigung verfassungsrechtlich verankert. In den Landesrundfunkgesetzen und Staatsverträgen sind die „Drittensenderechte“ unterschiedlich weit gefasst und nehmen auch die privaten Rundfunkveranstalter in die Pflicht. Auch im privaten Hörfunk finden sich Verkündigungsformate. Mit den Verkündigungssendungen erreichen wir in unserem und den angrenzenden Gebieten bis zu 919.000 Hörer, quer durch alle Altersgruppen und Milieus. Unsere Autoren sind mit ihren Beiträgen täglich zu hören.

Seit 2010 ist unsere Landeskirche auch im Bereich der sozialen Netzwerke aktiv. Diese, allen voran Facebook, aber auch soziale Medienportale wie das Videoportal YouTube, verzeichnen enorme Wachstumsraten; im Frühjahr 2012 waren es allein auf Facebook 850 Millionen Nutzer weltweit, 22 Millionen davon in Deutschland. In den Netzwerken entstehen digitale Abbilder der analogen Gesellschaft. Hinter den Text- und Bildnachrichten, die hier ausgetauscht werden, stehen reale Personen mit denselben Interessenslagen, Überzeugungen, Wünschen, Hoffnungen, Krisen und Glaubenshaltungen wie im „echten Leben“. Der Austausch über Glaubens Themen, die Meinungsbildung zu Kirche und Religion findet mittlerweile auch und gerade online statt. Für viele Menschen ist es sogar der einzige Ort, wo sie dieser Thematik begegnen oder aktiv Informationen und Gespräche suchen. Auch seelsorgerliche Anliegen werden hier formuliert.

Freilich gibt es aktuell wohl kaum einen anderen Bereich, in dem Chancen und Risiken so heftig diskutiert werden wie hier. Zu den Risiken gehören Fragen des Datenschutzes und der Privatsphäre, Cyber-mobbing und Kriminalität. Demgegenüber motivieren uns für das kirchliche Engagement die Chancen in den sozialen Netzen und das Anliegen, dieses Engagement als eigenes Handlungsfeld zu etablieren. Die Risiken sind gerade kein Grund, diesen Bereich zu meiden, sondern im Gegenteil als Herausforderung für die Kirche zu sehen, auch hier Menschen in Krisensituationen beizustehen.

Es wird darauf ankommen, diese neuen Kommunikationsräume zu erschließen – ohne Scheu vor öffentlicher

Kritik und mit dem Mut, auf die Kompetenzen der vielen Menschen zu vertrauen, die sich bereits in den Netzen tummeln und unsere Kirche konstruktiv mitgestalten wollen. Auch hier greift unser Anliegen, im Bereich Medienbildung Interessierten technische Einstiegshilfen ebenso zu geben wie die Kompetenz der Informationsbeschaffung, der Einordnung und der Urteilsurteilung zu vermitteln.

Die Aufgabe der Verantwortlichen der kirchlichen Medienarbeit ist es, den stets in Bewegung befindlichen „Markt“ der sozialen Netze zu beobachten, gerade auch im Blick auf die jeweiligen Sicherheits- und Datenschutzeinstellungen, um hier kompetente Beratung zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang hat die Landeskirche auch „Social Media Guidelines“ entwickelt, die hilfreiche Ratschläge für kirchliche Mitarbeiter zu ihrem Auftreten in den Netzen geben.

Das Beispiel der sozialen Netzwerke zeigt gerade angesichts der vielfältigen technischen Möglichkeiten und der unüberschaubaren Kommunikationsprozesse, wie wichtig eine ethische Orientierung im Medienbereich insgesamt ist. Neben den Dauerbrennern wie Gewalt, Sensations- oder Anpassungsjournalismus und Manipulation muss es den Kirchen auch um wirtschaftliche und soziale Fragen gehen.

Wer Medien und Ethik zusammendenkt, kann gewiss über Demokratie und Freiheit, Meinungs- und Angebotsvielfalt reden, muss aber auch Fragen stellen zu Monopolisierung und Machtverschiebung. Wenn Information und Kommunikation zur reinen Ware werden, wenn der einzelne Nutzer nicht mehr Individuum ist, sondern nur noch Einschaltquotient oder Datenlieferant – wenn also nur noch der verrechenbare Wert eines Menschen zählt –, dann muss über den wahren Menschen im Gegensatz zur Ware Mensch gesprochen werden.

Dies geht einher mit dem Befund aus empirischen Untersuchungen, dass die Chancen auf den Zugang zu Kommunikationstechniken ungleich verteilt und stark von sozialen Faktoren abhängig sind. Wer Zugang hat zu modernen Kommunikationstechniken, hat bessere soziale und wirtschaftliche Entwicklungschancen. Gegen diese digitale Spaltung der Gesellschaft muss nicht nur eine evangelische Medienethik ihr Bild einer „inklusive Medienkultur“ setzen.

Wolfgang Schumacher

Zum Wesen der Kirche gehören Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit.

Technische Möglichkeiten fordern verstärkt eine ethische Orientierung in den Medien.



Haben besonderen Förderbedarf: Arbeitslose Jugendliche und junge Erwachsene.

(Foto: cpd)

FÖRDERUNG UNVERZICHTBAR

Arbeitskreis Kirche und Wirtschaft über Integration

„Chancen und Grenzen der Arbeitsmarktintegration“ war das Thema einer Diskussionsrunde des Arbeitskreises Kirche – Wirtschaft, zu der die Katholische Akademie Rhein-Neckar, die Industrieverbände Neustadt an der Weinstraße und die Evangelische Akademie der Pfalz am 13. November 2012 ins Heinrich-Pesch-Haus in Ludwigshafen eingeladen hatten. Besondere Gäste waren der katholische Bischof Karl-Heinz Wiesemann, Kirchenpräsident Christian Schad sowie der Präsident der Industrieverbände Neustadt, Eduard Kulenkamp.

In seinem Referat verglich Ulrich Manz, Vorsitzender der Geschäftsführung der Agentur für Arbeit Mannheim, zunächst die Rahmenbedingungen am Ausbildungsstellenmarkt in Deutschland im Ausbildungsjahr 2004/2005 mit der gegenwärtigen Situation. Dabei stellte er fest, dass die heutige Bewerberzahl zwar deutlich geringer ist, aber dennoch relativ viele Jugendliche aus verschiedenen Gründen nicht in Ausbildungsverhältnisse kommen. Nach wie vor bleibe also ein wichtiges Potenzial ungenutzt.

Manz stellte die Strategie vor, wie in Mannheim versucht wird, die Zahl der erfolgreich abgeschlossenen Ausbildungsverhältnisse zu erhöhen. Er berichtete, dass mit Inkrafttreten des Sozialgesetzbuches II zur Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) vertraglich vereinbart wurde, im Jobcenter Mannheim eine eigene Abteilung für die Betreuung der unter 25-jährigen jungen Menschen einzurichten: das Jobcenter „Junges Mannheim“.

Zentrales Förderinstrument von „Junges Mannheim“ sei dabei „Jump Plus“. „Jump Plus“ verfolge das Prinzip der schnellen Aktivierung durch Sofortangebote am Tag der Antragstellung. Arbeitsfähige junge Menschen erhalten nur dann Transferleistungen, wenn sie bereit sind, sich in Arbeit, Ausbildung oder ein Praktikum vermitteln zu lassen.

Dahinter, so Manz, stehe folgende Strategie: Bei Antragstellung erfolgt eine qualifizierte Erstberatung zur Klärung vorrangiger Ansprüche wie BAföG, Berufsausbildungsbeihilfe, Unterhalt und so weiter. Im nächsten Schritt wird bei Vorliegen entsprechender Qualifikation die sofortige Vermittlung in Arbeit oder Ausbildung geprüft. Vermittler und Berufsberater werden hinzugezogen. Ist ein sofortiges Selbsthilfepotenzial nicht zu erkennen, erfolgt eine unmittelbare Beschäftigung oder Qualifizierung in „Jump Plus“, etwa ein individuell zugeschnittenes Praktikum. Die Strategie von „Jump Plus“ ist ausgerichtet auf den allgemeinen Arbeitsmarkt mit folgenden Eckpunkten: Die konsequente individuelle Förderung durch eine große Vielfalt an Praktikumsplätzen, die so marktnah wie möglich sein sollen. Der Gefahr individuellen Scheiterns durch Abbruch der Teilnahme soll durch die Möglichkeit des Wechsels mit einer neuen Chance der Erprobung entgegengewirkt werden. Aufsuchende Hilfen bei Kunden, die „abtauchen“ und eine hohe Betreuungsdichte durch Mitarbeiter mit Fallmanagementkompetenz ergänzen die Strategie.

Nach wie vor sind zu viele benachteiligte Jugendliche arbeitslos.

Der Erfolg von „Jump Plus“ spreche dabei für sich: Bis September 2012 erfolgten insgesamt 5980 Integrationen. Die Anzahl der Arbeitslosen sank von 1200 im Juni 2005 auf nur noch 67 im Oktober 2012. Gleichwohl, so Manz, hätten die ersten sieben Jahre gezeigt, dass es weiterhin Optimierungsbedarf gebe. Eine Optimierung der Förderung sei 2012 durch eine Instrumentenreform angestrebt worden, die einige Flexibilisierungen und Deregulierungen im Bereich der Freien Förderung nach SGB II ermögliche. Trotz insgesamt zurückgehender

Mittel für Eingliederungsleistungen und reduziertem Personal könnten so die Handlungsspielräume vor Ort noch vergrößert werden. Außerdem rückten Effizienz und Wirtschaftlichkeit stärker in den Mittelpunkt der Bemühungen, und aufgrund der gesetzlichen Anpassungen könne die Förderung flexibler am Einzelfall ausgerichtet werden.

Als Fazit hob Manz hervor, dass trotz verbesserter Aussichten auf dem Ausbildungsstellenmarkt nach wie vor zu viele benachteiligte Jugendliche außen vor blieben. Diese würden jedoch künftig als qualifizierte Fachkräfte auf dem Arbeits-

markt dringend benötigt werden; je nach Studie müsse bis 2025 mit einer Fachkräftelücke zwischen zwei und über fünf Millionen Arbeitskräften gerechnet werden.

Vinzenz du Bellier, Caritas-Direktor der Diözese Speyer, wies in seinem Co-Statement darauf hin, dass es gesellschaftlich nicht hinnehmbar sei, junge Menschen nicht an Bildung, Ausbildung und Erwerbsarbeit teilhaben zu lassen. Allerdings habe sich in den vergangenen Jahren eine Tendenz gezeigt, wonach Betriebe Stellen eher unbesetzt ließen, anstatt in die Ausbildung junger Menschen mit erhöhtem Förderbedarf zu investieren.

Aufgrund der Praxiserfahrungen der Dienste und Einrichtungen der Caritas forderte du Bellier ein inklusives Schulsystem, in dem Kinder und Jugendliche individuell gefördert werden. Qualifizierte Ganztagschulskonzepte und Schulsozialarbeit sollten zumindest an Haupt- und Förderschulen sowie an Berufsbildenden Schulen flächendeckend eingeführt und dauerhaft finanziert werden. Angesichts der unterschiedlichen Lebenslagen und Voraussetzungen benachteiligter Jugendlicher reichten unverbunden nebeneinander stehende Einzelprogramme zur Förderung nicht aus. Vielmehr sei es notwendig, die Vielzahl der Einzelprogramme am Übergang von der Schule zum Beruf zu einer Gesamtstrategie zusammenzuführen, damit diese ihre Wirkung entfalten können. Aber auch an den weiteren Übergängen, etwa nach der Beendigung von beruflichen Fördermaßnahmen oder einer Ausbildung, bräuchten benachteiligte junge Menschen eine Perspektive sowie verlässliche Unterstützung bei der Bewältigung dieser Übergänge, so du Bellier.

Eduard Kulenkamp bezeichnete die Öffnung des Ausbildungs- und Arbeitsmarkts für benachteiligte Jugendliche als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der sich auch die Industrie vor dem Hintergrund der demografischen Herausforderungen mit Nachdruck widme. Gerade die Industrieverbände hätten dabei Wege geebnet, die eine individuelle Förderung naturwissenschaftlicher Interessen schon in der Kindertagesstätte und in der Grundschule erlaubten. Unternehmen und Verbände kümmerten sich um die Förderung der Ausbildungsfähigkeit von Jugendlichen.

In der Metall- und Elektroindustrie, so Kulenkamp, wurde kürzlich ein Tarifvertrag zur Integration Jugendlicher in die Berufsausbildung abgeschlossen. Die Verbände wirkten am Runden Tisch der rheinland-pfälzischen Regierung zu diesem Thema mit. Ein weiterer Tarifvertrag stelle grundsätzlich die unbefristete Übernahme der ausgebildeten Jugendlichen sicher. *Martin Schuck*

FENSTER ZUR WISSENSCHAFT

Die Weiterentwicklung des Glaubens zur Aufgabe machen

Volker Lingnau, Inhaber des Lehrstuhls „Unternehmensrechnung und Controlling“ an der Technischen Universität Kaiserslautern, ist Mitglied im Beirat „Junge Akademie Wirtschaft“ und im Vorstand der Gesellschaft der Freunde der Evangelischen Akademie der Pfalz. Martin Schuck sprach mit dem aus Berlin stammenden Wirtschaftsingenieur, der neben seiner Tätigkeit in Kaiserslautern auch als außerordentlicher Professor an der Universität Zielonogórski in Polen lehrt, über seine Motivation zur Mitarbeit in der Evangelischen Akademie.

Herr Professor Lingnau, was hat Sie motiviert, bei der Evangelischen Akademie der Pfalz mitzuarbeiten?

Herr Picker war vor einiger Zeit mit der Idee eines gemeinsamen Projektes im Bereich Wirtschaftsethik an mich herangetreten. Die gemeinsame Arbeit an diesem Projekt hat mich so begeistert, dass ich gerne bereit war, die Zusammenarbeit durch Mitarbeit im Vorstand des Vereins der Freunde zu verstetigen.

Sehen Sie in Ihrem beruflichen Umfeld Anknüpfungspunkte für kirchliche Handlungsfelder?

Aufgabe von Kirche ist es meines Erachtens, für die Menschen da zu sein, und das umfasst auch lernende, lehrende und forschende Menschen an einer Universität. Die Wissenschaft als Handlungsfeld wird von den Kirchen aus meiner Sicht nur eingeschränkt wahrgenommen. Es fehlt an wissenschaftlich anschlussfähigen christlich fundierten Aussagen. So verwundert es dann nicht, dass die Ansicht weit verbreitet ist, Kirche habe außerhalb von Gottesdiensten nichts zu sagen.

Wo sehen Sie Ansatzpunkte für Gespräche zwischen Kirche und Wirtschaft? Können die Wirtschaftswissenschaften dazu etwas Spezifisches beitragen?



Volker Lingnau. (Foto: pv)

Ansatzpunkte sehe ich da, wo auf beiden Seiten ideologische Engführungen und Vorurteile aufgegeben werden. Die Wirtschaftswissenschaften könnten hier wie ein Katalysator wirken. So ist etwa die Bedeutung gemeinsamer Werte als Voraussetzung für erfolgreiches Wirtschaften wissenschaftlich unumstritten. Die Wirtschaftswissenschaften könnten hier Kirche als Wertespezialisten und Unternehmen als Wertenachfrager zusammenbringen und gleichzeitig als weitere Komponente ökonomische Expertise mit einbringen.

Was erwarten Sie von der Jungen Akademie Wirtschaft?

Ich hoffe, dass die Veranstaltungen der Jungen Akademie die Teilnehmer befähigen, quer zu denken, die Komplexität aber auch die Bedeutung ökonomischer Fragen für unser tägliches (Über-)Leben zu verstehen und konstruktiv-kritisch zu analysieren, um so ihre persönliche Verantwortung für die Mitgestaltung unserer Welt wahrzunehmen.

Welchen Nutzen kann aus Ihrer Sicht die evangelische Kirche aus den evangelischen Akademien ziehen?

Die Akademien stellen für mich ein Fenster zur Wissenschaft dar. Sie bieten die Chance, dem seit der Aufklärung gestörten Verhältnis von Glaube und Wissenschaft neues Leben einzuhauchen. Gerade in unserer Wissensgesellschaft stellt für mich ein intellektuell redlicher Glaube einen zentralen Punkt dar, um dem Bedeutungsverlust der christlichen Kirchen entgegenzuwirken. Wenn Glauben nicht Nicht-Wissen, sondern mehr als Wissen sein soll, dann muss er sich mit dem sich rasant entwickelnden Wissen weiterentwickeln, um nicht vom Wissen verdrängt zu werden. Hier können die Akademien immer wieder auf diese herausfordernde Aufgabe der Weiterentwicklung des Glaubens hinweisen und den Kontakt zur Wissenschaft nicht abreißen lassen.

NACHRUF

Die Evangelische Akademie trauert um Dr. Andreas Herting. Der Gründungsvorsitzende der Gesellschaft der Freunde der Evangelischen Akademie ist am 12. November nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 71 Jahren gestorben. Über 15 Jahre lang hatte er den Vorsitz inne. Dem Kuratorium der Evangelischen Akademie gehörte er zunächst als beratendes, dann als reguläres Mitglied an. Mit seiner ruhigen und klaren Art half er bei wichtigen Entscheidungen. Als Mitglied der römisch-katholischen Kirche stand er dabei auch für ein unverkrampftes ökumenisches Miteinander.

Die Gesellschaft der Freunde führte Herting klug, zuverlässig, einfühlsam und fröhlich – er verstand sie nicht nur als „Förderverein“ sondern als „Freundeskreis“, der Menschen verbindet. Als Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Pfalz stellte er wichtige Kontakte zur Wirtschaft her und öffnete uns die Türen des Dienstleistungszentrums in Ludwigshafen. Bis heute sind wir bei der IHK mit den Mitgliederversammlungen der Gesellschaft der Freunde zu Gast. Auch der von der Gesellschaft der Freunde geförderte Jugendpreis der Akademie wird in Ludwigshafen verliehen. Mit besonderem Interesse verfolgte Herting den Aufbau der Jungen Akademie Wirtschaft. Er hätte sich hier gerne noch aktiv engagiert. Dazu ist es leider nicht mehr gekommen.

Dr. Andreas Herting fehlt uns. Ein Trost ist uns ein Vers des Apostels Paulus aus dem Philipperbrief: „Ich bin ganz sicher: Gott hat in euch das gute Werk angefangen und wird es auch vollenden bis an den Tag Jesu Christi.“ *Christoph Picker*

Freunde suchen Freunde

Einladung zur Mitgliedschaft. Wir unterstützen und begleiten die Arbeit der Akademie. Wir setzen uns mit Fragen der Zeit auseinander, am liebsten gemeinsam mit anderen. Mit unseren Aktivitäten wollen wir unserer Region neue Impulse geben und einen Dialog aktueller Themen ermöglichen. Wir engagieren uns nicht nur persönlich und finanziell, sondern auch ganz bewusst durch eigene Veranstaltungen wie Vorträge, Tagungen und Publikationen.

Unser Jahresbeitrag beträgt 30 Euro. Auch über zusätzliche Spenden freuen wir uns und stellen Ihnen auf Wunsch eine steuerlich anerkannte Spendenbescheinigung aus.

Ihre Vorteile als Mitglied: > Sie werden zu den Veranstaltungen der Akademie und des Freundeskreises eingeladen. > Sie werden bei Veranstaltungen mit begrenzter Teilnehmerzahl bevorzugt. > Sie erhalten kostenlos die Akademiezeitung Protex und Informationen über weitere Veröffentlichungen.



Werner Simon, Vorsitzender

So werden Sie Mitglied: Rufen Sie uns einfach an, wir schicken Ihnen die Beitrittserklärung mit allen weiteren Informationen, Telefon 0 63 41 / 9 68 90-30, oder schicken Sie uns eine e-mail: info@eapfalz.de. Oder schreiben Sie uns kurz: Evangelische Akademie der Pfalz, Luitpoldstr. 10, 76829 Landau

**GESELLSCHAFT DER FREUNDE
DER EVANGELISCHEN AKADEMIE
DER PFALZ E.V.**

HOW TO MAKE AN ENEMY

Die Entwicklung der neuen Medien hat auch die Möglichkeiten der weltweiten Verbreitung von religiösen Inhalten erweitert. Aber nicht nur die Inhalte, sondern die Art der Präsentation selbst wird zum Programm. Die von Georg Wenz, Studienleiter der Evangelischen Akademie und Islambeauftragter der Evangelischen Kirche der Pfalz, geleitete Tagung in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Baden und der schwedischen Sigtunastiftelsen geht diesem Problemkreis nach.

Globale Krisen, in denen diplomatische Ressorts verletzt werden und sogar Menschen zu Tode kommen, lassen sich mit verhältnismäßig bescheidenen Mitteln wie einem Internetzugang und einer Videokamera initiieren. Die Verbreitung dieser Darstellungen durch das Internet führt zu gesellschaftlich und politisch brisanten Prozessen. Insbesondere religiöse Darstellungen, wie die mediale Aufbereitung von religiösen Selbstzeugnissen oder die Diskreditierung von Inhalt und Form anderer Religionen, finden sich in großer Zahl auf selbstverantworteten Plattformen wie Youtube. Mitunter dienen diese Inhalte auch als Legitimationsfolie für politische oder religiöse Handlungsaufforderungen.

Oft werden bereits durch die Ankündigung eines Bildes, einer Karikatur, eines Schmähdokumentes oder eines Textes weltweite Bedrohungsszenarien vorbereitet. Wer bestimmt aber den Umgang mit Videos, Bildern und Texten? Wer erlangt auf welche Weise die Deutungshoheit über die Inhalte, und wie kann in der multimedialen Bilderwelt mit diesen Phänomenen umgegangen werden? Können die Regeln dieser Felder überhaupt noch kontrolliert werden?

Drei Bereiche sollen bei der Tagung zur Sprache kommen: Zum einen soll es um die gesellschaftliche Rolle der sogenannten „social media“ gehen: Welche Funktion haben

Blogs, Twitter und ähnliche Formate im Grenzbereich zwischen demokratischen Prozessen und Radikalisierungen? Außerdem sollen die propagandistischen und destruktiven Potenziale von radikalen religiösen Websites, Youtube-Videos und Podcasts in den Blick genommen werden. So wird ein schonungsloser Blick auf den im Internet stattfindenden Djihadismus ermöglicht.

Dem Beobachter erschließt sich die eigenartige Ikonografie des Netzes, die es zu analysieren gilt: Gefragt wird nach dem Weg, der, ausgehend von der Texthermeneutik herkömmlichen Art und diese gleichzeitig überbietend, die Befähigung liefert für eine die genannten Herausforderungen bewältigende Medienkompetenz.

Es referieren: Jörg Friedrich, Autor von „Kritik der vernetzten Vernunft“, Thema: Potenziale des World Wide Web; Professor Caja Thimm, Universität Bonn, Thema: Social Media; Christoph Kappes, Politikberater in Hamburg, Thema: Informationsauswahl und Aufbereitung; Canan Topcu, Journalistin in Frankfurt am Main, Thema: Neue Medien in islamischen Ländern; Udo Simon, Universität Heidelberg, Herausgeber des Buches „Ritual, Media and Conflict“, Thema: Ritualisierte Konflikte und die Rolle der Medien; Mina al-Lami, Universität London, Thema: Djihad-Medien (angefragt).

AKADEMIEPROGRAMM

Stand November 2012

8. Januar 2013, 19 Uhr,
Akademiegespräch in Landau, Kulturzentrum Altes Kaufhaus
Bildung ohne Religion? – Zum kulturellen Beitrag von Kirchen und Religionsgemeinschaften
Referenten: Prof. Micha Brumlik (Publizist und Erziehungswissenschaftler, Universität Frankfurt am Main) und Prof. Friedrich Schweitzer (Theologe, Universität Tübingen). Im Rahmen der Landauer Akademiegespräche im Winterhalbjahr 2012/2013 zum Thema „Zivilgesellschaft und Religion – Weltanschauliche Orientierung und freiheitliche Ordnung“.

18. und 19. Januar 2013, Tagung in Landau,
Protestantisches Bildungszentrum Butenschoen-Haus
450 Jahre Heidelberger Katechismus – Erfolgsgeschichte und Bedeutung eines Klassikers der Christentumsgeschichte
Zum Auftakt des Jubiläumsjahrs fragen wir, wie der pfälzische Bestseller „Heidelberger Katechismus“ entstanden ist und wie er verbreitet wurde. Zu Gast sind der Heidelberger Kirchenhistoriker Prof. Johannes Ehmann und der Altmeister reformierter Theologie Prof. Eberhard Busch. In Zusammenarbeit mit dem Verein für Pfälzische Kirchengeschichte und dem Verein für Kirchengeschichte in der Evangelischen Landeskirche in Baden.

23. Januar 2013, 19 Uhr,
Akademiegespräch in Landau, Kulturzentrum Altes Kaufhaus
Wohin steuern die Kirchen? – Zwischen karitativem Engagement und modernem Religionsmarkt
Kirchliche Träger konkurrieren zunehmend auf einem hart umkämpften Sozialmarkt mit anderen Anbietern. Wie reagieren die Kirchen, wenn der wirtschaftliche Druck steigt? Referenten: Rita Waschbüsch (Bundvorsitzende von donum vitae, Staatsministerin a.D.), Prof. Michael Welker (Theologe, Universität Heidelberg). Im Rahmen der Landauer Akademiegespräche im Winterhalbjahr 2012/2013 zum Thema „Zivilgesellschaft und Religion – Weltanschauliche Orientierung und freiheitliche Ordnung“.

6. Februar 2013, 19 Uhr, Christlich-islamischer
Gesprächskreis in Ludwigshafen, Alemi Islam Moschee
Christen und Muslime lesen gemeinsam Bibel und Koran – Die Schöpfungs- und Paradiesgeschichten
In der neuen Gesprächsreihe stehen die Bibel und der Koran im Mittelpunkt. An drei Abenden – 6. Februar, 3. Juli und 4. Dezember – lesen Christen und Muslime gemeinsam ausgewählte Texte der beiden Heiligen Schriften und erkunden Gemeinsamkeiten, Ähnlichkeiten und Unterschiede. Für die Teilnahme ist eine Anmeldung erforderlich.

22. und 23. Februar 2013, Tagung in Landau,
Protestantisches Bildungszentrum Butenschoen-Haus
The making of enemies – Wie ich mir Feinde mache Medien, Religion und die Politik der Straße

1. März 2013, 19 Uhr,
Akademiegespräch in Landau, Kulturzentrum Altes Kaufhaus
Fundamente der Freiheit – Weltanschauliche Grundlagen des säkularen Staates
In modernen Gesellschaften wird zwischen Kirche und Staat klar unterschieden. Was bedeutet „weltanschauliche Neutralität“ des Staates? Referenten: Prof. Bernhard Vogel (Ministerpräsident a.D.), Prof. Johano Strasser (Präsident des PEN Zentrums Deutschland), Günther Beckstein (Ministerpräsident a.D., angefragt). Im Rahmen der Landauer Akademiegespräche im Winterhalbjahr 2012/2013 zum Thema „Zivilgesellschaft und Religion – Weltanschauliche Orientierung und freiheitliche Ordnung“.

e-mail: info@capfalz.de > www.capfalz.de

WAS WOLLEN SIE WISSEN?

So kommen Sie an mehr Informationen: Rufen Sie uns an unter 0 63 41 / 9 68 90-30 oder füllen Sie diesen Coupon aus. Sie können ihn uns faxen unter 0 63 41/9 68 90-33 oder mit der Post schicken: Evangelische Akademie der Pfalz, Luitpoldstr. 10, 76829 Landau. Wer schnell an ganz aktuelle Informationen kommen will, besucht uns im Internet unter www.eapfalz.de

Vorname	Name
e-mail	Beruf
Straße/Nr.	
PLZ/Ort	
Tel. privat	Tel. dienstlich